



Medizin:
Krebstherapie mit Ionenstrahlen – kaum Spätfolgen zu erwarten

SEITE 5

Wochenende:
Ein Jahr volles Programm – Kulturhauptstadt Ruhr

SEITE 6

Aus aller Welt:
Gebrochene Herzen – Praxis gegen Liebeskummer

SEITE 7

BMG: Die eGK muss auch praxistauglich sein

Kapferer: Das Projekt der elektronischen Gesundheitskarte darf nur unter bestimmten Bedingungen weiterlaufen.



Staatssekretär
Stefan Kapferer

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) wird nicht in der ursprünglich geplanten Form kommen – das bekräftigt der neue Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium (BMG), Stefan Kapferer,

in einem Antwortschreiben an die Vereinigung Liberaler Ärzte (VLÄ), das der Redaktion vorliegt.

„Mit Ausnahme des Einlesens der Versichertendaten haben die vorliegenden Ergebnisse der bisherigen Testmaßnahmen deut-

lich aufgezeigt, dass die bisher entwickelten technischen Lösungen den praktischen Anforderungen nicht genügen“, schreibt Kapferer an den Neurologen Dr. Karl Ebertseder von der VLÄ.

Allein deshalb könne und werde es keine schlichte Fortführung der Arbeiten für den Aufbau der Telematik-Infrastruktur in der ursprünglichen vorgesehenen Form geben. Auch die mit dem Aufbau der Infrastruktur beauftragten Organisationen der Selbstverwaltung unterstützten die Position des BMG, „nur solche medizinische Anwendungen zu verfolgen, die konkrete Mehrwerte für die Beteiligten bieten und die gegenüber den behandelnden Ärzten ihre Praxistauglichkeit nachgewiesen haben“.

Mehr auf Seite 3

+++ zuletzt gemeldet +++

15:24 Uhr Mainzer Universitätsmedizin richtet sich neu aus +++ 15:18 Uhr Jena: Erstmals Arbeiten von Charles Matton in Deutschland gezeigt +++ 15:15 Uhr Umfrage: Internetnutzer wollen nicht für Inhalte zahlen +++ 15:02 Uhr Mike Batt neuer künstlerischer Leiter der Jazzopen +++ 15:01 Uhr ägnw kritisiert KVN: Honorarschwund hausgemacht +++ 15:00 Uhr Verleger Neven DuMont: Politik muss Zeitungen helfen +++ 13:12 Uhr Yzer zu AOK-Kritik: Medikamente sind nicht zu teuer

Baden-Württemberg: Erster Selektivvertrag für Kardiologen steht

Die AOK Baden-Württemberg, MEDI und der Bundesverband Niedergelassener Kardiologen (BNK) haben gestern in Stuttgart Deutschlands ersten Facharztvertrag nach § 73c SGB V unterzeichnet. Er soll die ambulante kardiologische Versorgung optimieren und langfristig sicherstellen. Den teilnehmenden Ärzten wird mehr Planungssicherheit versprochen.

SEITE 3

Wettervorhersage Samstag 12.12.2009

In der Nacht zum Samstag meist bedeckt, zeitweise Regen oder Schnee. Die Temperatur sinkt auf 2 Grad im Westen und -5 Grad in den östlichen Mittelgebirgen ab. Am Samstag vor allem in Süddeutschland Schnee, im Nordwesten Regen. Höchstwerte zwischen -1 Grad am Alpenrand und 5 Grad am Niederrhein und in Ostfriesland, im Bergland Dauerfrost.



Bittmann bemängelt phantasielose Reflexe der Kassenfürsten

Der Vorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Klaus Bittmann, hat die Reaktionen der Krankenkassen auf die Aussagen der Schätzerkreises zum Milliarden-Defizit in der GKV heftig kritisiert. „Die Reaktionen mancher Krankenkassen, die reflexartig den Gesetzgeber rufen und staatliche Kostendämpfungsmaßnahmen fordern, ist reichlich phantasielos.“

SEITE 4

I FEEL GOOD

Fühlen Sie sich auch gut? Sie könnten trotzdem Darmkrebs haben. Weil man ihn erst spürt, wenn es zu spät ist. Wird er aber früh entdeckt, ist er zu hundert Prozent heilbar. Gehen Sie zur Darmkrebsvorsorge – wie ich. Danach fühlt man sich besser.

Wladimir Klitschko



**FELIX BURDA
STIFTUNG**

felix-burda-stiftung.de

weiter von Seite 1

Grundbedingung für den Fortgang der Arbeiten sei ein höchstmögliches Niveau an Datensicherheit, heißt es in dem Schreiben weiter. „Bei allen weiteren Schritten wird es deshalb notwendig, dass zur Gewährleistung eines höchstmöglichen Datenschutzniveaus der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit eng eingebunden wird“, erläutert der Staatssekretär.

Das vom Ministerium verhängte Moratorium bestehe, „bis praxistaugliche, höchsten

datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechende Lösungen vorgelegt werden“.

Die Organisationen der Selbstverwaltung hätten angekündigt, dass sie auf Basis dieses Verständnisses ihre Vorstellungen zur Neuausrichtung vorlegen, damit die Bestandsaufnahme fortgesetzt werden könne.

Über die Vor- und Nachteile des Projekts elektronische Gesundheitskarte soll am morgigen Samstag auch in Hamburg diskutiert werden: Im Ärztehaus an der Humboldtstraße 56 treffen sich Fachleute unterschied-

licher Herkunft, um ihre Sicht des Milliarden-Vorhabens zu präsentieren. Unter anderem wird sich Prof. Hartmut Pohl, Sprecher des Präsidiumsarbeitskreises Datenschutz und IT-Sicherheit der Gesellschaft für Informatik (GI), ausführlich äußern. Auch Dr. Oliver Decker, Medizinische Psychologie und Soziologie der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, und Prof. Harald Schweim, Professor für Drug Regulatory Affairs der Universität Bonn, sind vor Ort. Die Veranstaltung beginnt um 11 Uhr und endet gegen 16 Uhr. Die Podiumsdiskussion wird gegen 15.15 Uhr beginnen. (js) ■

Erster Selektivvertrag für Kardiologen – „mehr Planungssicherheit für Praxen“

Die AOK Baden-Württemberg, MEDI und der Bundesverband Niedergelassener Kardiologen (BNK) haben gestern Deutschlands ersten Facharztvertrag nach § 73c SGB V unterzeichnet.

■ Mit dem neuen Facharztvertrag Kardiologie führen die Vertragspartner den Weg zu einer fachübergreifenden, strukturierten Versorgung außerhalb des Kollektivvertragssystems fort, der mit dem AOK-Hausarztvertrag im vergangenen Jahr begonnen wurde. Er setzt nach den Worten von Dr. Werner Baumgärtner, Vorsitzender des MEDI-Verbands Baden-Württemberg, an den Hauptproblemen der kollektivvertraglichen Regelversorgung an: der unzureichenden Koordination der Behandlung und der wenig kalkulierbaren Vergütung ärztlicher Leistungen, die zudem falsche Anreize setze.

„Anders als die KV-Vergütung honoriert unser Vertrag den tatsächlichen Aufwand des Arztes“, erläuterte Dr. Norbert Smetak, Vorsitzender des Bundesverbands Niedergelassener Kardiologen (BNK). Die Vergütungssystematik des Vertrags sei an die Behandlung nach evidenzbasierten, medizinischen Leitlinien angepasst und orientiere sich an der Schwere der Krankheitsbilder. Aus der Sicht Smetaks setzt der Vertrag die Vergütungsanreize an der richtigen Stelle: „Dadurch werden Patienten mit schwerwiegenden und aufwändigen Krankheitsbildern wesentlich besser berücksichtigt als im Kollektivsystem.“

„Der Vertrag trägt dazu bei, das Überleben kardiologischer Praxen zu sichern und damit die wohnortnahe ambulante Versorgung

von Herz-Kreislauf-Patienten auch künftig aufrecht zu erhalten“, ergänzte Baumgärtner. Dazu trage die kalkulierbare höhere Vergütung ohne Abstufung und ohne Fallzahlbegrenzung bei. Im Zusammenwirken mit dem AOK-Hausarztvertrag sei die Vereinbarung „der Prototyp für eine neue und zeitgemäße ambulante fachärztliche Versorgung“.

Der Vertrag verbessere die Kooperation zwischen Haus- und Fachärzten, was sich für die Versicherten unter anderem in deutlich kürzeren Wartezeiten für einen Facharzttermin auswirken soll. Teilnehmende Kardiologen müssen eingeschriebenen AOK-Versicherten innerhalb von zwei Wochen einen Termin einräumen. Auch im Wartezimmer gelten kurze Wartezeiten: Auf einen vereinbarten Termin sollten die Patienten nicht länger als 30 Minuten warten müssen.

„Etwa zehn Prozent unserer Versicherten, die in das AOK-Hausarzt-Programm eingeschrieben sind, suchen jährlich einen Kardiologen auf. Durch die enge Abstimmung zwischen niedergelassenen Kardiologen und Hausarztkollegen werden wir zielgenauere Untersuchungen haben und vermeidbare Krankenhausweisungen minimieren“, sagte Dr. Christopher Hermann, stellvertretender Vorsitzender der AOK Baden-Württemberg.

Niedergelassene Kardiologen und Inter-

nisten, die alle Teilnahmevoraussetzungen erfüllen, können ab sofort ihre Teilnahme an dem Vertrag beantragen. Sobald 50 Prozent der niedergelassenen Kardiologen in Baden-Württemberg eingeschrieben sind, können sich AOK-Versicherte, die bereits am AOK-Hausarztvertrag teilnehmen, in den Facharztvertrag Kardiologie einschreiben. Smetak schätzt, dass das im ersten Quartal 2010 der Fall sein wird.

„Dieser Vertrag geht genau in die Richtung, die der BNK schon seit über einem Jahr fordert: zurück zu mehr Transparenz über mehr Einzelleistungen und der Honorierung des tatsächlichen Aufwandes anstelle eines Einheitspreises im System der Pauschalisierung“, betont er.

Basis der Behandlung ist grundsätzlich die Überweisung des Hausarztes. Als „Basispauschale“ erhält der Kardiologe quartalsweise die Pauschale P1 mit 32 Euro, verschiedene Qualitätszuschläge sind möglich. Für Patienten, bei denen er eine kardiologische Erkrankung feststellt, werden Zusatzpauschalen fällig. Ab dem dritten Arzt-Patienten-Kontakt sind bei den Pauschalen P1a, P1b und P1c Zuschläge von 12 Euro für jeden weiteren Arzt-Patienten-Kontakt – bei definierter Obergrenze – abrechenbar.

Eine Pauschale P2 für Gefäßuntersuchungen bringt 35 Euro. Daneben gibt es Qualitätszuschläge zwischen 4 und 20 Euro sowie besonders aufwändige und förderungswürdige Einzelleistungen. (kls) ■

Bittmann: „Phantasielose Reflexe der Kassenfürsten“

Der Vorsitzende des NAV-Virchow-Bundes kritisiert die Reaktionen der Krankenkassen auf die Prognose des Schätzerkreises.

■ „Die Reaktionen mancher Krankenkassen, die reflexartig den Gesetzgeber rufen und staatliche Kostendämpfungsmaßnahmen fordern, ist reichlich phantasielos und letztendlich auch kontraproduktiv“, erklärte Dr. Klaus Bittmann heute in Berlin. Anstatt immer nach dem Staat zu rufen, müssten die Kassen selbst die Initiative ergreifen und die bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um die erwarteten Kostensteigerungen aufzufangen.

„Der Gesetzgeber hat eine Vielzahl von Stellschrauben geschaffen und der Selbstverwaltung Instrumente zur Neuorganisation der Versorgung an die Hand gegeben: So ist es beispielsweise durch einen intelligenten Ausbau der Selektivverträge, durch Hausarztverträge mit ergänzenden Facharztverträgen und durch Integrationsverträge mit

regionalen Ärztenetzen heute schon möglich, die Versorgung regional, wirtschaftlich und patientenorientiert zu gestalten“, betonte der Verbandsvorsitzende. Mit innovativen Versorgungsverträgen könnten Einsparpotentiale gehoben werden, indem Versorgung entlang der ambulant-stationären Schnittstellen effektiver organisiert, teure Krankenhauseinweisungen reduziert und die Arzneimittelversorgung auf eine wirtschaftliche Verordnungsweise eingestellt werde.

„Die hoch bezahlten Kassenmanager sollten endlich kreativ werden, die bestehenden Möglichkeiten nutzen und anstelle der Konfrontation die Kooperation mit ärztlichen Gruppierungen suchen. Denn wenn der Staat schließlich eingreift, ist es immer zum Nachteil der Akteure.“ (js) ■

BKK: Milliardenkosten durch Zusatzbeiträge

Die Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten muss sich für das nächste Jahr auf Zusatzbeiträge einstellen.

■ Zwar wollen die Kassen trotz eines vorausichtlichen Defizits für 2010 von vier Milliarden Euro zum 1. Januar auf Zusatzbeiträge verzichten, wie eine Umfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ unter allen großen Kassen und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) ergab. In den folgenden Monaten seien Zusatzbeiträge auf breiter Front aber „durchaus wahrscheinlich“, sagte BKK-Sprecherin Christine Richter.

Auch SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach rechnet damit, „dass sehr viele Kassen in den kommenden Monaten ein akutes Finanzproblem bekommen und dann Zusatzbeiträge erheben müssen“. Die designierte Vorstandsvorsitzende der Barmer/Gmünder Ersatzkasse, Birgit Fischer, sagte der „Frankfurter Rundschau“, das prognostizierte Minus bedeute eine bedrohliche Lücke. „Der Ge-

sundheitsfonds ist so angelegt, dass es auf Sicht Zusatzbeiträge bei allen Kassen geben wird.“ Sie befürchte, dass die Zusatzbeiträge im Laufe des Jahres zur Regel werden. Zwar werde ihre Kasse ohne Zusatzbeitrag ins neue Jahr starten, sie könne aber nicht sagen, ob ihr Unternehmen diesen Kurs im Jahresverlauf durchhalten könne.

Die Zusatzbeiträge bringen einen hohen bürokratischen Aufwand mit sich. „Ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Einnahmen wird von der Bürokratie gleich wieder aufgefressen“, sagte ein Sprecher der Barmer Ersatzkasse. Addiert mit den Kosten für eine Einkommenserhebung, die bei Zusatzbeiträgen über acht Euro monatlich nötig wird, könnten sich die Verwaltungskosten auf bis zu eine Milliarde Euro belaufen, sagte BKK-Sprecherin Richter. (red) ■

Berliner Charité krepelt Medizinstudium um

Die Berliner Charité will sich vom Wintersemester 2010/11 an vom stark verschuldeten deutschen Medizinstudium verabschieden. In einem Modellstudiengang für alle Erstsemester soll es kleinere Lerngruppen statt Massenseminaren geben. Studenten sollen von Anfang an Praxis-Erfahrung bekommen und sich Wissen individueller aneignen können als bisher. Ein Studium generale soll ihnen den Blick über den Tellerrand der Medizin hinaus erlauben. Der neue Modellstudiengang gliedert sich in ein dreijähriges Grundstudium, ein zweijähriges Aufbaustudium und ein Praktisches Jahr. Das neue Studium bezieht viele Erfahrungen aus dem kleinen Reformstudiengang Medizin mit ein, der an der Charité seit mehreren Jahren parallel zur normalen Ausbildung gelaufen ist. (dpa)

AOK wirft Pharmabranche Preisdiktat vor

Überhöhte Preise hat Wilfried Jacobs, Chef der AOK Rheinland/Hamburg, den Pharmakonzernen vorgeworfen. Die gesetzlichen Krankenkassen seien einem „Preisdiktat“ der Pharmaindustrie unterworfen, kritisierte er gegenüber der „Bild“. Medikamente kosteten in Deutschland rund 30 Prozent mehr als in den anderen europäischen Ländern. Im Sinne von Wettbewerb und Markttransparenz müssten die Kassen als Großabnehmer mit an den Tisch, wenn Arzneimittelpreise ausgehandelt würden, verlangte Jacobs. (ks)

Impressum

Arzt am Abend
Die einzige Abendzeitung für Gesundheit

Herausgegeben von:
intermedix Deutschland GmbH
Einsteinstraße 39a
82152 Martinsried/München

Redaktion und Verlag:
Ärztlich-nachrichtendienst GmbH
im Auftrag des Promedico Verlags für
Wissenschaft und Medizin mbH
Kattjahren 4, 22359 Hamburg

Chefredakteur und ViSdP:
Jan Scholz

Redaktion:
Dr. med. Bernd Guzek, Gaby Guzek, Barbara
Kriesten, Kathrin Schneider

Krebstherapie mit Ionenstrahlen

Die Wahrscheinlichkeit für Spätfolgen nach einer solchen Therapie ist geringer als bei herkömmlicher Strahlentherapie.

■ Dies konnten Wissenschaftler am GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung durch Blutuntersuchungen von Patienten mit Prostata-Tumoren nachweisen. Damit haben sie die bisherigen Risikoabschätzungen experimentell bestätigt. Die Therapie mit Ionenstrahlen zeichne sich durch hohe Heilungsraten und geringe Nebenwirkungen aus, betont das Zentrum in einer aktuellen Mitteilung.

„Dass die Wahrscheinlichkeit für Spätfolgen bei Bestrahlungen von Prostata-Tumoren gering ist, lässt uns vermuten, dass dies auch für andere Tumore der Fall ist. Ein weiteres überzeugendes Argument für die Ionenstrahltherapie, für die am GSI Helmholtzzentrum ein völlig neues Bestrahlungsverfahren entwickelt und eingesetzt wurde“, sagt Prof. Marco Durante.

„Wir haben in den Blutzellen der bestrahlten Patienten mit Prostata-Tumoren die Chromosomenschäden untersucht. Die Anzahl der Schäden nach einer Behandlung mit Ionenstrahlen lag dabei unter der nach einer konventionellen Bestrahlung“, sagt Sylvia Ritter. Untersucht wurden Blutproben von 20 Patienten, die sich einer Kombinationstherapie aus Ionen- und Röntgen-Strahlung oder einer alleinigen Röntgen-Bestrahlung der Prostata unterzogen hatten. Für die Untersuchungen verwendeten die Wissenschaftler weiße Blutkörperchen. Den Patienten wurden vor, während und nach der Therapie Blutproben entnommen und mit Blutproben von Gesunden verglichen. Die Wissenschaftler verwendeten bei ihren Untersuchungen die mFISH-Methode (multicolour Fluorescent in situ Hybridisation), um die Chromosomen sichtbar zu machen. (ks) ■

Adsorbertechnik gegen Hauterkrankungen

Verbundforschungsvorhaben sucht Therapiemöglichkeiten für Menschen mit schweren chronischen Hauterkrankungen.

■ Ziel ist die Entwicklung eines neuen Blutplasma-Adsorbers. Die Miltenyi Biotec GmbH und die Greifswalder Universitäts-Hautklinik haben heute einen Förderbescheid in Höhe von 2,45 Millionen Euro bekommen. Das Projektvolumen beträgt insgesamt 4,1 Millionen Euro.

Die Aufgabe der Miltenyi Biotec besteht im Rahmen des Projekts darin, sogenannte „Fängermoleküle“ für Adsorber zu entwickeln, die selektiv nur die als schädlich identifizierten Blutbestandteile aus dem Blutplasma von Patienten entfernen. So soll ausschließlich das krankheitsverursachende Protein aus dem Blutplasma entfernt werden. Herkömmliche „Breitband-Adsorber“ isolieren sowohl krankheitsverursachende als auch nicht krankheitsverursachende Antikörper, was gerade bei Patienten, deren

Haut aufgrund der Erkrankung die normale Schutzfunktion nicht mehr ausüben kann, zu Folgeinfektionen führen kann. „Es besteht ein Bedarf an spezifischen Adsorbent, um selektiv die krankheitserregenden Antikörper wirksam und schonend aus dem Blut des Patienten zu entfernen“, sagte Projektleiter Prof. Michael Jünger. Die Universitäts-Hautklinik muss dazu in den Laboren die Strukturen der krankmachenden Eiweiße möglichst genau charakterisieren. Dazu werden von den Patienten Haut-, Gewebe- und Blutproben entnommen und analysiert. Auf der Basis der Untersuchungen und isolierten Proteine entwickelt Miltenyi Biotec dann die „Adsorbent Säulen“. Der neue Adsorber werde vor allem bei Patienten mit Pemphigus vulgaris und dem bullösen Pemphigoid zur Anwendung kommen, aber auch bei schweren Fällen von Neurodermitis. (ks) ■

+++ Wirtschaft +++

62 Prozent würden die Kasse wechseln

Erhebt ihre Krankenkasse einen Zusatzbeitrag, würden 62 Prozent der Versicherten prinzipiell einen Kassenwechsel in Betracht ziehen – und zwar auch, wenn es nur um acht Euro geht. Das zeigt der „Kompass Gesundheit“ des Forschungs- und Beratungsinstituts IGES, für den 3.000 Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen zwischen 18 und 65 Jahren befragt wurden.

Die Kassen könnten einen Wechsel aber durch eine „attraktive Gestaltung und Erweiterung ihrer Leistungen und Services“ verhindern, schreibt das Institut. Besonders attraktiv für die Versicherten ist demnach die Empfehlung von Fachärzten inklusive Terminvereinbarung durch die Kassen. Auch mit einem schnellen Zugang zu medizinischen Innovationen im Bedarfsfall können die Kassen punkten. „Aber auch den Zugang zu medizinischen Versorgungszentren mit kürzeren Wartezeiten, die unabhängige Kontrolle der Behandlungsqualität, die Erstattung alternativer Heilmethoden oder von der Kasse finanziell unterstützte Maßnahmen der Gesundheitsprävention halten die Versicherten für so attraktiv, dass dafür im Gegenzug auch ein Zusatzbeitrag akzeptiert würde“, heißt es weiter. Ob die Kasse eine Geschäftsstelle vor Ort hat, ist den meisten Versicherten egal. (ks)

Debeka führt Tarife für Ärzte ein

Die Debeka bietet ab Januar 2010 erstmals einen speziellen Krankenversicherungsschutz für Ärzte an. Roland Weber, Vorstandsmitglied der Versicherungsgruppe, sieht große Chancen in der Markteinführung: „Die Ärzte kennen uns als seriösen und verlässlichen Partner im Gesundheitswesen, schließlich ist jeder vierte Privatpatient bei der Debeka versichert. Wir gehen deshalb davon aus, dass viele unser neues Angebot nutzen werden.“ Die neuen Tarife richten sich an Ärzte und Studierende der Humanmedizin sowie deren Familien. „Die speziell zugeschnittenen Produkte werden in zwei verschiedenen Tarifstufen angeboten und sehen eine Selbstbeteiligung für die Bereiche der ambulanten Krankenhilfe sowie Zahnbehandlung und Zahnersatz in Höhe von 1.200 Euro vor“, heißt es in der Presseerklärung. (js)

Ein Jahr Programm: Kulturhauptstadt Ruhr

Das gab es noch nie: Gleich 53 deutsche Städte sind 2010 gemeinsam eine Europäische Kulturhauptstadt. Denn in Deutschland hat nicht die Stadt Essen alleine den Zuschlag bekommen, sondern gemeinsam mit 52 weiteren Städten der Region.



■ Bergkamen und Breckerfeld gehören dazu, Hattingen und Hamm, Marl und Morsers, Schwerte und Sprockhövel. Einige dieser Ortsnamen dürften viele Menschen außerhalb des Ruhrgebietes noch nie gehört haben. Doch das könnte nun bald anders werden. Noch nie gab es so viele Gründe, in die „Metropole Ruhr“ zu fahren. Das Kulturhauptstadtjahr bietet ein volles Programm mit rund 2.500 Veranstaltungen. Ausstellungen, Lesungen und Theater, Kunst und Kabarett und auch etliche Stadtfeste sind nach Angaben der Organisatoren geplant.

Mit rund 5,3 Millionen Menschen ist die Region der drittgrößte Ballungsraum Europas hinter London und Paris. Bei der Reise-messe ITB trat der „Pott“ entsprechend selbstbewusst auf – mit dem Slogan: „Was haben London und Paris gemeinsam? Weniger Museen als die Metropole Ruhr.“ Einige davon sollen 2010 von sich reden machen: das neue Folkwang-Museum in Essen zum Beispiel, nach einem Entwurf des britischen Architekten David Chipperfield, eröffnet im Januar 2010.

Anders als das Klischee es will, stehen zwischen Emscher, Ruhr und Rhein-Herne-Kanal nicht nur Hochöfen und Schornsteine.

Aber es soll nicht verdrängt werden, dass das Ruhrgebiet ohne Bergleute und Stahlkocher nicht das geworden wäre, was es ist. Auf die industriellen Wurzeln macht das Projekt „Schachtzeichen“ aufmerksam: In der Woche nach Pfingsten steigen über alten Schachtanlagen mehr als 300 große gelbe Ballons in den Himmel. Nicht zuletzt wird im Kulturhauptstadtjahr gefeiert. Die „ExtraSchicht“ wird diesmal zum „Sommerfest der Kulturhauptstadt“: Am 19. Juni verwandeln sich Halden und frühere Stahlwerke in Bühnen für Musik, Tanz, Straßentheater oder Lichtinstallationen. Das ganze Ruhrgebiet soll am 5. Juni zur Bühne werden. Beim „Day of Song“ ist zu hören, wie die Region klingt.

Ein „Still-Leben“ soll am 18. Juli entstehen: Dann wird der Ruhrschnellweg, die Autobahn A40/B1, gesperrt. Zwischen Duisburg-Innenhafen und Dortmund-Hörde geht auf knapp 60 Kilometern für Autofahrer nichts mehr. Auf der Strecke werden sich 20.000 Tapeziertische zu einer langen Tafel aneinanderreihen. Das Programm setzt auf Alltagskultur von der Rockband bis zum Kirchenchor. Weitere Informationen im Internet unter www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de. (dpa) ■

Geschenk-Tipp

Familien- statt Autoquartett: Kartenspiele selbst gestalten

Autos, Hunde, Flugzeuge: Das sind die klassischen Quartett-Spiele. Auf der Internetseite www.meinkartenspiel.de kann man sich sein ganz persönliches Kartenspiel gestalten – egal ob ein Quartett über die Familie, den Freundeskreis oder die Kollegen. Der Kunde wählt ein Layout und die passenden Spielkategorien – und muss sie dann nur noch mit persönlichen Inhalten füllen. Beim persönlichen „Liebes-Quartett“ wird zum Beispiel mit den schönsten Plätzen der gemeinsamen Liebe gespielt. Statt Hubraum oder Baujahr wird hier die Länge des Anfahrtsweges und der Knutschfaktor der gemeinsamen Lieblingsorte verglichen. Nach dem Gestalten werden daraus echte Spielkarten gedruckt und per Post verschickt. (ks)



	9	7		5		3		
8		5	3	9	6	7		
	2							9
	3	1			9		7	5
			7	8				1
					2		9	
			1					6
	4					5	8	2
3			8		4			



Besondere „Luftpost“: Zum 13. Mal sind im Hamburger Hafen an große und kleine Schiffe Weihnachtsbäume verteilt worden – als Weihnachtsgruß aus der Hansestadt. (dpa)

Eine Praxis gegen Liebeskummer

Was früher häufig als Bagatelle abgetan wurde, hat sich zur rentablen Geschäftsidee entwickelt.

■ Der Weg aus dem Kummer beginnt mit einem Paar Wollsocken. Wer mit gebrochenem Herzen die Altbauwohnung von Elisabeth Stoffel-Läufer betritt, muss die flauschigen Fußwärmer überziehen. Wer die Wohnung nach der letzten Sitzung wieder verlässt, schöpft neue Hoffnung. So stellt Stoffel-Läufer sich das vor. Als psychologische Beraterin betreibt sie in Freiburg eine Liebeskummer-Praxis.

Die erste Liebeskummer-Praxis wurde in Hamburg eröffnet, weitere folgten in Berlin, München und Stuttgart. Das war eine Marktlücke. Liebeskummer durchlebt fast jeder einmal. „Manche überstehen diese Phase unbeschadet, andere brauchen Hilfe“, sagt Stoffel-Läufer. Wer zu ihr komme, wolle erst einmal reden. „Eine enttäuschte Liebe oder das plötzliche Ende einer Beziehung können den Betroffenen in eine tiefe Krise stürzen. Viele fühlen sich handlungsunfähig, haben an nichts mehr Interesse und isolieren sich“, beschreibt die Beraterin. Einladungen werden ausgeschlagen, der Berufsalltag wird zur Qual, es droht soziale Isolierung. „Die Gefahr,

durch Liebeskummer depressiv zu werden, ist ziemlich groß.“ Ratschläge aus der eigenen Familie würden häufig als ungebeten und parteiisch empfunden.

Auf Umwegen kam Stoffel-Läufer zu ihrer Liebeskummer-Praxis. Philosophie, Germanistik und Geografie hat sie studiert, danach ausländische Studenten unterrichtet. Es folgte eine Ausbildung zur psychologischen Beraterin. „Vor gut einem halben Jahr hat sie ihre Praxis eröffnet. Davon leben könne sie nicht, sagt sie. Elf Klienten nahmen bisher für 60 Euro pro Stunde auf ihrer Beratungscouch Platz, hauptsächlich Frauen zwischen 30 und 50 Jahren. „Natürlich sind auch Männer nicht gegen Liebeskummer gefeit. Bei ihnen ist nur die Scheu größer, darüber zu sprechen.“

„Liebeskummer ist oft nur der letzte Tropfen, der ein ganzes Fass voller Probleme zum Überlaufen bringt“, sagt Thordis Bethlehem, Vizepräsidentin des Berufsverbands Deutscher Psychologen (BDP). „Das ist aber keine Krankheit und kann daher auch nicht therapiert werden.“ (dpa) ■

Klima-Spaß: Dänen für Sauerkraut-Verbot

Die dänischen Klimagipfel-Gastgeber haben die zahllosen Berichte über die Schädlichkeit der Treibhausgase zu neuen Vorschlägen inspiriert. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ wirbt jetzt in ihrer Satire-Spalte für ein weltweites Verbot von Sauerkraut. Der Grund: Die damit oft verbundenen Folgen im menschlichen Verdauungssystem. Im augenzwinkernden Spiel mit Klischees lässt das Blatt eine „Irmgard Hinterhüler aus Eckernförde“, abgelichtet im Dirndkleid, den Hintergrund erklären: „Millionen Deutsche essen Sauerkraut und erzeugen durch die Folgen des Kohls nicht nur drinnen schlechte Luft. Draußen erwärmt sich die Luft durch diese Abgase zusätzlich, und auch der Regen wird sauer.“ Deshalb kämpfe die Organisation „Frauen gegen Sauerkraut“ für ein weltumspannendes Sauerkraut-Verbot im angestrebten Klimaabkommen. Leider hätten die Politiker bisher nicht verstanden, wie ernst diese Form der Klimaverpestung sei. (dpa)

Vanessa und Leo sind „Popstars“-Sieger

Vanessa (18) aus Nürnberg und Leo (20) aus Hinwil in der Schweiz sind die Gewinner der achten „Popstars“-Staffel. Um 23.13 Uhr verkündete Juror Detlef D. Soost gestern Abend in der König-Pilsener-Arena in Oberhausen das Ergebnis der Zuschauerabstimmung. Die neue Band heißt „Some & Any“ und veröffentlicht ihr erstes Album „First Shot“ am 18. Dezember. Die erste Single wird der Song „Last Man Standing“ sein, den die Sieger zum Ende der ProSieben-Show im Konfettiregen vorstellten. (dpa)

Polanskis Anwälte: Verfahren einstellen

Roman Polanskis Anwälte haben die Einstellung des Vergewaltigungsverfahrens in den USA gegen den Oscar-Preisträger verlangt. In dem Prozess vor mehr als 30 Jahren hätten Richter und Staatsanwaltschaft einen „erstaunlichen Rekord an Amtsverletzungen“ aufgestellt, begründete Polanskis Anwalt Chad Hummel am Donnerstag (Ortszeit) nach Angaben der „Los Angeles Times“ sein Gesuch. Unter anderem hätten sie vertrauliche Dinge mit Unbefugten besprochen. „Da läuft es einem kalt den Rücken herunter, was dieser Richter tat“, sagte Hummel vor einem Berufungsgericht. (dpa)